

## **Viele gute Ansätze, aber wenig Konkretes**

### **Pressemitteilung zum Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung in NRW, 29.06.2022**

Die neue Landesregierung aus CDU und Grünen hat am vergangenen Donnerstag ihre Pläne für die kommende Amtszeit vorgestellt. Der Landesintegrationsrat NRW ist erfreut über die vielen guten Ansätze im Koalitionsvertrag und hofft auf einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik. Denn die Koalitionspartner bekennen sich zum Einwanderungsland Nordrhein-Westfalen und verbinden Vielfalt mit Stärke. Erklärtes Ziel ist es, Chancengerechtigkeit für Menschen mit internationaler Familiengeschichte herzustellen, Teilhabebarrrieren abzubauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW: „Ich freue mich insbesondere darüber, dass die Rechte der Integrationsräte weiterentwickelt und die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen geschaffen werden sollen.“ Auch die Pläne zur Förderung von natürlicher Zweisprachigkeit, zur Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes und zur Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten seien uneingeschränkt zu begrüßen. „Es gibt allerdings noch Luft nach oben“, erklärt Keltek. Viele Punkte blieben vage, gerade bei der Frage, wie chancengerechte Teilhabe konkret gelingen kann.

„Für uns als politische Vertretung der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in unserem Bundesland ist klar: Wenn die politische Teilhabe gestärkt werden soll, brauchen wir Entscheidungskompetenzen für die Integrationsräte und gut ausgestattete Geschäftsstellen zur Unterstützung der Gremienarbeit. Zu mehr Chancengerechtigkeit können wir beitragen, indem die Herkunft der Menschen mit internationaler Familiengeschichte als Vorteil wahrgenommen wird. Ihre damit verbundenen Fähigkeiten wie natürliche Zweisprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen sollten als Potenzial betrachtet und gezielt gefördert werden. Für den Großteil der Menschen mit nicht-deutschen Wurzeln ist Bilingualität bereits gelebter Alltag. Diesen Sprachschatz gilt es wertzuschätzen und zum Wohle aller zu nutzen.“

Dass die Herkunftssprachen nun auch in den Verwaltungen angewendet werden sollen, sei da nur konsequent und richtig. Darüber hinaus betreffe die Förderung von natürlicher Zweisprachigkeit v.a. Kitas und Schulen. U.a. müssten Lehrpläne angepasst, Stellen für den herkunftssprachlichen Unterricht auf mindestens 2.000 aufgestockt, die meistgesprochenen Herkunftssprachen an einer Schule als zweite Fremdsprachen angeboten werden. Wo immer das Land Gestaltungsmöglichkeiten hat, sollten sich Wirtschaft und Verwaltung interkulturell öffnen. Im Bereich des öffentlichen Dienstes kann zu diesem Zweck beispielsweise auf das Instrument der anonymisierten Bewerbung zurückgegriffen werden.

Haroldstraße 14, 40213 Düsseldorf  
Tel. 0211-994160 Fax 0211-9941615  
info@landesintegrationsrat-nrw.de  
www.landesintegrationsrat.nrw



Auf die neue Landesregierung warten zahlreiche Aufgaben. „Die Ankündigungen von CDU und Grünen müssen nun mit Leben gefüllt werden. Der Landesintegrationsrat steht hierfür als zuverlässiger Ansprechpartner bereit“, so Keltek abschließend.

Hinweis: Es handelt sich um eine aktualisierte Version der Pressemitteilung.